

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am 26.02.2010

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die Ziffern 1-3 in der ursprünglichen Fassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1.
Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an die Bundesregierung, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von schutzbedürftigen Flüchtlingen (Resettlement-Programme) einzurichten.
2.
Hierfür sind von Seiten des Bundes Rahmenbedingungen zu schaffen, um den erforderlichen Integrationsprozess zu ermöglichen.
3.
Die Universitätsstadt Marburg erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms der Bundesregierung aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.

Beschlussfassung über die geänderte Ziffer 4 in der Fassung des Sozialausschusses:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP sowie bei Nein-Stimmen des CDU und MBL folgenden Beschluss:

4.
Die STVV bittet die save-me-marburg-Kampagne sich weiterhin als Patinnen und Paten im Rahmen des Resettlement-Programms zu engagieren und für eine andere, stärker an den Bedürfnissen der Hilfe Suchenden und an ihrer Integration orientierten Flüchtlingspolitik Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Dabei soll sie vom Magistrat unterstützt werden.